

## Individualvereinbarung Auftragsverarbeitung

Zwischen

und

Altmann Marketing GmbH  
Stahlgruberring 22  
81829 München

- „**Adresseigner/Auftraggeber**“ -

- „**Dienstleister/Auftragnehmer**“ -

werden die nachfolgenden Regeln über **Dienstleistungen mit personenbezogenen Daten** (Vereinbarung) geschlossen:

### 1. Vorbemerkung

Diese Individualvereinbarung „Auftragsverarbeitung“ (im Folgenden Vereinbarung genannt) gilt für Dienstleistungen, bei denen der Dienstleister die Daten von natürlichen Personen (betroffene Personen nach Art. 4 Nr. 1 EU-Datenschutz-Grundverordnung, **DSGVO**; insbesondere Kunden, Interessenten, Ansprechpartner von juristischen Personen, sonstige personenbezogene Daten) für Auftraggeber verarbeitet und zwar unabhängig davon, ob die Datenverarbeitung und damit der Zugriff des Dienstleisters auf die Daten der betroffenen Personen Kernaufgabe des Auftragnehmers ist oder sonst als Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DSGVO einzuordnen ist.

Bei Leistungen im Dialogmarketing sind datenschutzrechtlich in der Regel drei bzw. vier Beteiligte erfasst: Der **Werbetreibende**, der **Adresseigner**, der **Dienstleister** und der **potentielle Kunde**, der eine Werbemaßnahme empfängt. Der Werbetreibende stößt praktisch die Auftragsverarbeitung an, indem er das Ziel verfolgt, Kunden oder Neukunden (in Sinne dieser Vereinbarung „betroffene Personen“) werblich anzusprechen. Die werbliche Ansprache stellt eine Verarbeitung personenbezogener Daten (Name, Adresse und ggf. weitere Daten) des Adresseigners dar. Der Werbetreibende erhält die Nutzungsrechte an den personenbezogenen Daten vom Adresseigner und vergütet den Dienstleister, der diese Daten zwecks Dialogmarketings nach einer gesonderten Vereinbarung verarbeitet. Der Werbetreibende hat bei der hier vereinbarten Auftragsverarbeitung keinen Zugriff auf die personenbezogenen Daten der betroffenen Personen. Den Zugriff auf diese Daten steuert der Adresseigner als Herr der Daten, so dass dieser für die datenschutzkonforme Verarbeitung der personenbezogenen Daten verantwortlich ist (auch **datenschutzrechtlicher Auftraggeber**). Die **datenschutzrechtliche Vertragsbeziehung** (auch **Auftragsverarbeitung**) besteht also zwischen dem Adresseigner und dem Dienstleister. Wenn der **Adresseigner gleichzeitig Werbetreibender** ist, fließen die datenschutzrechtliche Verantwortung als Auftraggeber und das kommerzielle Innehaben der Nutzungsrechte in einem Unternehmen zusammen. Es gelten dann nur die Rechte und Pflichten dieses Vertrags, die für das Rechtsverhältnis zwischen Adresseigner und Dienstleister vorgesehen sind.

## 2. Begriffsbestimmungen

<i>Adresseigner (= Listeigner):</i>	Das Unternehmen, das die personenbezogenen Adressdaten selbst erhoben oder in sonstiger Weise erworben hat, und ohne dessen datenschutzrechtlichen Auftrag die Datenverarbeitung durch den Dienstleister nicht vorgenommen werden darf.
<i>Adressdaten (-sätze):</i>	Personenbezogene Daten, deren Verarbeitung den datenschutzrechtlichen Anforderungen unterliegt und die bei der Verwendung dieser Vereinbarung ausschließlich mit Erteilung eines Auftrags nach Art. 28 DSGVO durch den Dienstleister verarbeitet werden dürfen. Es kann sich um Namen, Postadressen, Kommunikationsdaten und sonstige personenbezogene Daten handeln.
<i>Datenschutzrechtlicher Auftraggeber:</i>	Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO und Inhaber der Daten, der den Auftrag zur Datenverarbeitung nach Art. 28 DSGVO an den Dienstleister erteilt. Er muss mit dem Werbetreibenden nicht identisch sein, in dessen wirtschaftlichen Interesse der datenschutzrechtliche Auftrag erteilt wird. Bei Werbung für eigene Produkte und/oder Leistungen fallen datenschutzrechtlicher Auftraggeber und Werbetreibender zusammen.
<i>DDV:</i>	Deutscher Dialogmarketing Verband e.V., Hahnstraße 70, 60528 Frankfurt, <a href="http://www.ddv.de">www.ddv.de</a> .
<i>Dienstleister:</i>	Auftragsverarbeiter nach Art. 4 Nr. 8 DSGVO, der die Adressdaten zwecks Dialogmarketing oder der sonstige personenbezogene Daten (z.B. zwecks Aktenvernichtung, Rechenzentrumsdienstleistung, Listbroking oder Call Center-Dienstleistungen) im Auftrag des Adressseigners verarbeitet und unterzeichnende Partei dieser Vereinbarung einschließlich der jeweiligen gesonderten Adressaufträge ist.
<i>DSGVO:</i>	EU-Datenschutz-Grundverordnung.
<i>Gesonderter Adressauftrag:</i>	Die Vereinbarung ist durch den gesonderten Adressauftrag ( <b>Anlage 1</b> ) zu ergänzen. Gemeint ist damit eine Vereinbarung zwischen Adressseigner und Dienstleister mit Weisungen für den Gegenstand und die Dauer der Verarbeitung, Art und Zweck der Verarbeitung, die Art der personenbezogenen Daten und die Kategorien betroffener Personen sowie ggf. etwaige Kategorien von Empfängern oder Empfänger. Nur die Vereinbarung und der gesonderte Adressauftrag in Kombination ermöglichen eine datenschutzkonforme Auftragsverarbeitung.
<i>Listbroker:</i>	Das Unternehmen, das das Nutzungsrecht an den Adressdaten (nicht die Adressdaten selbst) vom Adressseigner erhält und direkt oder indirekt über einen anderen Listbroker einem Werbetreibenden zur Durchführung einer Werbemaßnahme einräumt.
<i>Werbeaktion:</i>	Die Werbemaßnahme, die mit den Adressdaten vorgenommen wird (beispielsweise ein ausgesendetes Mailing/ein ausgesendeter Katalog, ein E-Mail-Newsletter, ein werblicher Anruf oder eine Datenaufbereitung/-weiterverarbeitung).
<i>Werbetreibender:</i>	Der kommerzielle Auftraggeber, der als wirtschaftlicher Auftraggeber die Adressdaten für seine Zwecke über den Dienstleister nur mit Zustimmung des Adressseigners nutzen darf.

### 3. Allgemeine Pflichten des Dienstleisters

- (1) Der Adressseigner räumt in einem gesonderten Adressauftrag (**Anlage 1**) Nutzungsrechte an Adressdaten ein. Der Werbetreibende erwirbt diese Nutzungsrechte zur Durchführung einer konkret definierten Werbeaktion direkt oder über einen Listbroker. Der Dienstleister, bezahlt vom Werbetreibenden, wird für den Adressseigner als Auftragsverarbeiter tätig, um bei der Werbeaktion Dienstleistungen unter Zugriff auf die vom Adressseigner gehaltenen, im gesonderten Adressauftrag genannten Adressdaten zu erbringen. Der Dienstleister wird die Adressdaten ausschließlich nach dieser Vereinbarung, den gesonderten Adressaufträgen oder sonstigen Weisungen des Adressseigners für die erforderlichen auftragsbezogenen Dienstleistungen wie IT- (beispielsweise Analyse, postalische Korrektur, Abgleich, Porto-Optimierung und Ausdruck), Druck- und Lettershop-Arbeiten verarbeiten.  
Der Dienstleister wird eine darüberhinausgehende Verarbeitung (beispielsweise Speicherung von Daten in anonymisierter Form, zur Auftragserfassung, History Files oder Optimierungsanalysen) nur dann durchführen, wenn dies datenschutzrechtlich zulässig ist und die dazu notwendigen Weisungen des Adressseigners oder eine zwingende gesetzliche Verpflichtung des Dienstleisters vorliegen. Die Weisungen sind grundsätzlich in Textform zu erteilen; im Ausnahmefall erforderliche mündliche Weisungen sind vom Adressseigner unverzüglich in Textform zu bestätigen.
- (2) Der Gegenstand und die Dauer der Verarbeitung, Art und Zweck der Verarbeitung, die Art der personenbezogenen Daten und die Kategorien betroffener Personen sind im beiliegenden Adressauftrag (**Anlage 1**) festgelegt.
- (3) Der Dienstleister wird die Adressdaten getrennt von Datenbeständen, die nicht im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung stehen, verarbeiten. Damit soll eine unbefugte Verarbeitung für andere, nicht erlaubte Zwecke ausgeschlossen werden.
- (4) Soweit der Dienstleister die Adressdaten auf portablen Speichermedien erhält, wird er diese Daten zur ordnungsmäßigen Abwicklung dieser Vereinbarung kopieren. Die übergebenen Originaldatenträger sind erst nach Zustimmung des Adressseigners zu löschen und bis dahin nicht mehr zu verarbeiten (Einschränkung der Verarbeitung). Der damit für den Dienstleister verbundene Aufwand wird vom Adressseigner vergütet.
- (5) Nach Abschluss der vertraglichen Arbeiten hat der Dienstleister die im Rahmen dieser Vereinbarung in seinen Besitz gelangten Adressdaten nach Weisung des Adressseigners an den Adressseigner oder an einen von ihm schriftlich benannten Dritten herauszugeben oder nach DSGVO datenschutzkonform zu löschen. Das gilt auch für Verarbeitungsergebnisse, die im Rahmen der Vereinbarung erstellt worden sind, sowie für Test- und Ausschussmaterial.  
Makulatur mit personenbezogenen Daten ist gemäß Sicherheitsstufe 3 der DIN 66399-2 entweder durch hausinterne Aktenvernichter oder von spezialisierten Auftragsverarbeitern zu vernichten.  
Der Dienstleister hat dafür Sorge zu tragen, dass Datensätze mit personenbezogenen Adressdaten nicht als E-Mail-Anhang, auf Kommunikationsservern, Clients, Produktionsrechnern, in Datensicherungen über den Löschtermin hinaus bestehen bleiben.  
Sofern nicht der Adressseigner eine andere Weisung, beispielsweise für Treuhandbestände, gegeben hat (**Anlage 1**), die muss Löschung dieser Daten spätestens im siebenten Monat nach Abschluss jedes Einzelauftrages nachweislich erfolgt sein. Der Abschluss eines Einzelauftrages ist in der Regel durch das Datum der Postauflieferung definiert. Die Kalenderwoche (ISO 8601) der letzten Postauflieferung ist dem Dienstleister mitzuteilen, wenn sie sich nicht aus dem Adressauftrag ergibt.  
Der Dienstleister wird dem Adressseigner und seinem Vertreter auf deren Wunsch die eigene Löschung oder die Löschung durch Auftragnehmer in Textform innerhalb von fünf Werktagen bestätigen. Auf Wunsch stellt der Dienstleister dem Adressseigner und seinem Vertreter ein Löschartikel bzw. einen Vernichtungsbeleg zur Verfügung. Vorzulegen ist ein Protokoll, das die Tatsache der Löschung mit Datums- und Zeitangabe, Löschart und verantwortliche Person dokumentiert.

Der mit den vorherig genannten Pflichten zur Herausgabe und Löschung für den Dienstleister verbundene Aufwand wird vom Adressseigner gemäß Adressauftrag vergütet.

Die Verpflichtung zur Herausgabe oder zur Löschung gilt nicht, wenn der Dienstleister gesetzlich zu einer Aufbewahrung oder in sonstiger Weise zur Speicherung der konkreten Daten verpflichtet ist.

Eine sonstige Weitergabe der Daten ist nur laut Adressauftrag oder Weisung des Adressseigners erlaubt.

- (6) Der Auftragnehmer ist unter Berücksichtigung der besonderen Bestimmungen des Verarbeitungsauftrags berechtigt, die Firma

**Göbel und Lenze Direktmarketing GmbH, Stahlgruberring 22, 81829 München,**

die Gesellschafterin der Altmann Marketing GmbH ist, als Unterauftragnehmerin zur Vertragsdurchführung unter Wahrung seiner Pflicht zur Auftragskontrolle einzusetzen.

Die Beauftragung weiterer Dienstleister mit der Erfüllung von Aufgaben aus dieser Individualvereinbarung ist nur zulässig, soweit die verantwortliche Stelle der Unterbeauftragung zugestimmt hat.

Der Dienstleister kann ohne schriftliche Zustimmung Unterauftragnehmer zur Vertragsdurchführung unter Wahrung seiner Pflicht zur Auftragskontrolle und nachweislich geschlossener Vereinbarungen gemäß Art. 28 DSGVO einschalten, wenn es sich um Dienstleistungen der Auftragsverarbeitung handelt, die der Auftragnehmer bei Dritten als Nebenleistung zur Unterstützung bei der Auftragsdurchführung in Anspruch nimmt. Dazu zählen beispielsweise erweiterte Telekommunikationsleistungen oder Reinigungskräfte, die zugleich mit der Entsorgung von Datenträgern betraut sind. Eine Zustimmung wird allerdings dann erforderlich, wenn die genannte Leistung selbst ganz oder zumindest in wesentlichen Teilen die mit dem Auftragnehmer vereinbarte Dienstleistung darstellt.

In jedem Fall sind bei den genannten (Unter-)Beauftragungen die Inhalte dieser Vereinbarung entsprechend vorzusehen.

Auf Wunsch erhalten der Adressseigner und ein abweichender Werbetreibender eine Liste aller Unterauftragnehmer, einschließlich solcher, zu deren Einsatz der Auftraggeber gemäß **Anlage 1** zugestimmt hat.

- (7) Der Dienstleister wird in seinem Verantwortungsbereich technische und organisatorische Maßnahmen (**Anlage 2**) zum angemessenen Schutz der Adressdaten des Adressseigners vor allem gegen ungewollten oder unbefugten Abfluss treffen (geeignete technische und organisatorische Datensicherheitsmaßnahmen, um ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu schaffen; nach Art. 32 DSGVO) und den Auftraggeber bei der gegebenenfalls gebotenen Datenschutz-Folgenabschätzung bezogen auf seine Sphäre und mit Rücksicht auf die ihm vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Informationen unterstützen.

Der Dienstleister kann für diese Unterstützung eine angemessene Vergütung und die Erstattung von Aufwendungen verlangen.

Der Dienstleister unterstützt den Adressseigner unter Berücksichtigung der Art der Verarbeitung und der ihm zur Verfügung stehenden Mittel und Informationen unverzüglich bei der Einhaltung dessen Pflichten zur Information der Betroffenen und zur Auskunftserteilung sowie zur Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung sowie sonstiger Betroffenenrechte nach den geltenden Datenschutzvorschriften.

Der damit für den Dienstleister verbundene Aufwand wird vom Adressseigner laut Adressauftrag vergütet.

Nach Art. 30 Abs. 2 DSGVO führt der Dienstleister ein Verzeichnis über die von ihm durchgeführten Verarbeitungen. Dieses ist auf Wunsch dem Adressseigner und seinem Vertreter in Kopie herauszugeben, soweit dessen Inhalt im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung steht.

- (8) Bei der Abwehr geltend gemachter Ansprüche betroffener Personen auf Schadensersatz wirkt der Dienstleister mit, sofern ihm die Mitwirkung ohne wesentlichen Aufwand möglich ist.

Soweit sich die betroffene Person an den Dienstleister wendet, um Betroffenenrechte geltend zu machen, wird der Dienstleister die betroffene Person formal, ohne inhaltliche Vorbeantwortung, an den Adressseigner verweisen und diesem die Anfrage übergeben. Eine Beantwortung durch den Dienstleister im Auftrag ist nur dann vorzunehmen, wenn der Adressseigner dies gegen Vergütung des damit verbundenen Aufwandes beim Dienstleister im Rahmen der Auftragsverarbeitung beauftragt hat.

- (9) Der Adressseigner ist verpflichtet, ungewollte oder unrechtmäßige gesetzlich relevante Datenabflüsse an Dritte oder sonstige Datenschutzverletzungen, die zu einem Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen führen, der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde und - bei hohem Risiko für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Person - den betroffenen Personen unverzüglich mitzuteilen.

Soweit derartige Verletzungen dem Dienstleister in seiner Sphäre bekannt werden, unterrichtet er den Adressseigner unverzüglich. Der Dienstleister wird in diesem Fall einstweilig und nach pflichtgemäßen Ermessen in seinem Verantwortungsbereich angemessene Maßnahmen zum Schutze der Adressdaten des Adressseigners und zur Minderung möglicher nachteiliger Folgen (geeignete technische und organisatorische Datensicherheitsmaßnahmen, um ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu schaffen; nach Art. 32 DSGVO) treffen.

Der Dienstleister informiert den Adressseigner über etwaige von ihm getroffene Maßnahmen möglichst zeitnah.

- (10) Der Dienstleister unterrichtet den Auftraggeber unverzüglich, wenn eine vom Adressseigner erteilte Weisung nach seiner Meinung - die keine umfassende rechtliche Prüfung voraussetzt - zu einem Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften führen kann. Die Weisung braucht nicht befolgt zu werden, wenn sie nicht geändert oder vom Adressseigner ausdrücklich bestätigt wird.
- (11) Der Dienstleister benennt eine(n) einheitliche(n) Ansprechpartner für sich, mit dem der Adressseigner oder sein Vertreter Fragen im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung und Datenschutzfragen klären kann (**Anlage 1**).  
Über einen Wechsel des Ansprechpartners wird der Dienstleister den Adressseigner unverzüglich in Textform informieren.
- (12) Der Dienstleister hat eine(n) Beauftragte(n) für den Datenschutz bestellt (**Anlage 1**).  
Ein Wechsel in der Person der(s) Datenschutzbeauftragten ist dem Auftraggeber schriftlich mitzuteilen.
- (13) Die in dieser Vereinbarung vertraglich geregelten Dienstleistungen werden ausschließlich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erbracht.

#### **4. Sicherheitspflichten des Dienstleisters**

- (1) Der Dienstleister gewährleistet in seinem Verantwortungsbereich, dass er die Adressdaten nach dem Stand der Technik, den Implementierungskosten, ihrer Art, ihrem Umfang, den Umständen und den Zwecken der mit dieser Vereinbarung in Zusammenhang stehenden Verarbeitung, nach der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Schwere des Risikos für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen hinreichend technisch und organisatorisch sicher im Sinne der Art. 32 DSGVO verarbeitet (Datensicherheitseinrichtungen).  
Auf Wunsch des Adressseigners gibt der Dienstleister dem Adressseigner und seinem Vertreter auch nach Erteilung des Auftrags sein aktuelles Datensicherheitskonzept heraus und ermöglicht dem Datenschutzbeauftragten des Adressseigners oder einem zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten vom Adressseigner benannten Prüfer die Einsicht in das Datensicherheitskonzept, ebenso dessen Prüfung. Das Datensicherheitskonzept beinhaltet hinreichende Erläuterungen zu den Anwendungen, Weitergabekontrolle, Eingabekontrolle, Auftragskontrolle, Verfügbarkeitskontrolle und getrennte Verarbeitung.

Soweit vom Adressseigner Änderungen gewünscht sind, wird der Dienstleister diese implementieren; auf schriftliche vorherige Ankündigung und auf Kosten des Adressseigners, soweit sie den gesetzlich geforderten Stand der Technik überschreiten.

- (2) Adressdaten, die auf elektronischem Wege weitergegeben werden müssen, dürfen vom Dienstleister nur in nach dem Stand der Technik sicherer, nämlich verschlüsselter Form weisungsgemäß weitergegeben werden, sofern nicht der Adressseigner etwas anderes wünscht.
- (3) Der Dienstleister ist nicht befugt, bei der Entwicklung von Software oder bei sonstigen Tests - außerhalb des gesetzlich Zulässigen - Echtdaten des Adressseigners zu verwenden. Es ist mit anonymisierten Original- oder fiktiven Testdaten zu arbeiten.
- (4) Der Dienstleister speichert und verarbeitet die Adressdaten getrennt nach Aufträgen und erlaubt Zugriff durch Mitarbeiter nur, soweit dies zur Durchführung des Auftrags erforderlich ist. Zudem erlaubt er nur solchen Mitarbeitern Zugriff auf die Daten, die auf Geheimhaltung gesondert und ausdrücklich verpflichtet sind und regelmäßig in für die Adressverarbeitung relevanten Datenschutz- und Datensicherheitsvorschriften und -verfahren geschult sind.

## **5. Pflichten des Dienstleisters zur Duldung von Kontrollen**

- (1) Der Adressseigner ist gesetzlich verpflichtet, sich von der Wirksamkeit der Datensicherheitseinrichtungen beim Dienstleister zu überzeugen.  
Der Dienstleister duldet daher, dass der Adressseigner die Verarbeitung der von ihm überlassenen Daten durch Einsichtnahme und Prüfung der mit dieser Vereinbarung in Zusammenhang stehenden Datenverarbeitungseinrichtungen, der gespeicherten Daten, der Datenverarbeitungsprogramme vor Ort und der Dokumentation der Datenschutzorganisation, einschließlich Arbeitsanweisungen, in der Regel einmal jährlich kontrolliert.  
Der Dienstleister hat die mit dieser Vereinbarung in Zusammenhang stehenden Dokumente zur Einsicht bereit zu halten und Antworten auf Fragen in angemessener Frist zu geben. Die Einsicht ist dem Datenschutzbeauftragten des Adressseigners und von ihm beauftragten zur gesetzlichen Berufsverschwiegenheit verpflichteten Personen zu gewähren.
- (2) Der Adressseigner kann sich ohne eigene Kontrollen von den nach dem Stand der Technik hinreichenden Datensicherheitseinrichtungen auch dadurch überzeugen, dass ihm der Dienstleister entsprechende Nachweise wie Prüfungsberichte zur Informationssicherheit oder die Angaben zur Erlangung der DDV-Gütesiegel der Kompetenz-Center DirectMail Services und Zielgruppenmarketing vorlegt.

## **6. Abgleichprotokoll/Kontrolladressen**

- (1) Wenn auftragsgemäß Abgleiche mit Einsatz von Fremddaten durchgeführt werden, hat der Dienstleister ein lückenloses und nachvollziehbares Protokoll zu erstellen.
- (2) Zur Kontrolle und zum Schutz vor vertragswidriger Verwendung dürfen Kontrolladressen in die jeweiligen Datensätze eingefügt werden. Kann der Adressseigner eine nicht mit ihm vereinbarte Werbung an eine Kontrolladresse vorlegen, wobei diese Kontrolladresse eindeutig allein dem Bestand zuzuordnen ist, der nur für die jeweilige Werbeaktion zur Verarbeitung überlassen wurde, so wird vermutet, dass eine unbefugte Verwendung erfolgt ist.  
Der Dienstleister ist verpflichtet, dem Adressseigner und seinem Vertreter eine von sich aus erkannte unbefugte Verwendung von Daten unverzüglich mitzuteilen. Eine solche Mitteilung hat mindestens in Textform zu erfolgen.

## **7. Sonstiges**

- (1) Im Falle der Weitergabe von Fremddaten (elektronisch oder in gedruckter Form) ist der Empfänger darüber zu unterrichten, dass die Adressdaten von einem oder - unter Umständen -

- von verschiedenen Verantwortlichen stammen und nur für den Zweck verarbeitet werden dürfen, für den sie geliefert wurden.
- (2) Werden Abgleiche unter Einsatz von Fremddaten im Verbraucher-Bereich (Business to Consumer) durchgeführt, wird derjenige Dienstleister, der für die Fremdabgleiche zuständig ist, die aktuelle DDV-Robinsonliste einsetzen, es sei denn, der/die Verantwortliche(n) hat/haben schriftlich auf den Einsatz verzichtet.
- (3) Diese Vereinbarung tritt mit Unterzeichnung in Kraft und gilt unbefristet. Sie kann von beiden Parteien schriftlich mit einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende gekündigt werden, sofern sich aus den Bestimmungen dieser Vereinbarung nichts anderes ergibt.  
Der Auftraggeber hat das Recht zur fristlosen Kündigung dieser Vereinbarung, wenn:  
- ein schwerwiegender Verstoß des Auftragnehmers gegen Datenschutzvorschriften oder die Bestimmungen dieser Vereinbarung vorliegt,  
- der Auftragnehmer eine Weisung des Auftraggebers nicht ausführen kann oder will oder  
- der Auftragnehmer Kontrollrechte des Auftraggebers vertragswidrig verweigert.  
Insbesondere die Nichteinhaltung der in diesem Vertrag vereinbarten und aus Art. 28 DSGVO abgeleiteten Pflichten stellt einen schweren Verstoß dar.  
Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.
- (4) Mündliche Nebenabreden zu dieser Vereinbarung bestehen nicht.
- (5) Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung und ihrer Anlagen bedürfen der Schriftform.
- (6) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung oder ihrer Anlagen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so bleibt hiervon die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. Dies gilt auch für den Fall, dass einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung undurchführbar sind oder werden.  
Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame zu ersetzen, deren Zweck dem der weggefallenen Bestimmung möglichst nahe kommt.
- (7) Diese Vereinbarung wie auch die einzelnen gesonderten Adressaufträge und die schriftlichen Weisungen unterliegen dem deutschen Recht.  
Es gilt der Gerichtsstand des Ortes des Amtsgerichts des Adressesigners.

**Auftraggeber:**

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Unterzeichner und Position in Druckbuchstaben

**Auftragnehmer:**

München, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Altman Marketing GmbH

Karl Gommersbach, Geschäftsführer

\_\_\_\_\_  
Unterzeichner und Position in Druckbuchstaben

## Adressauftrag

### Anlage 1 zur Individualvereinbarung Auftragsverarbeitung

Zwischen

und

Altmann Marketing GmbH  
Stahlgruberring 22  
81829 München

- „Adresseigner/Auftraggeber“ -

- „Dienstleister/Auftragnehmer“ -

vom:

*Zu Ziffer 3.2 der Individualvereinbarung:*

**(1) Gegenstand des Auftrages**

Gegenstand des Auftrages ist die Erbringung von Lettershop-Dienstleistungen.

**(2) Art, Umfang und Zweck der Auftragsverarbeitung**

- Datenübernahme- und - aufbereitung für die Herstellung personalisierter Werbemittel
- Herstellung (in der Regel Druck) der personalisierten Werbemittel
- Weiterverarbeitung, z.B. durch falzen, zusammentragen und kuvertieren
- Übergabe der fertig produzierten Werbemittel an ausgewählte Versender (z.B. Dt. Post, DHL, Postcon, Austrian Post)

**(3) Datenarten, die verarbeitet werden**

- Personenstammdaten (z.B. Geschlecht, Vorname, Nachname, Adresse, Titel, Funktion, Geburtsdatum)
- Kommunikationsdaten (z.B. Telefon, Fax, E-Mail)
- Vertragsstammdaten (z.B. Vertragsbeziehungen/-arten, Abschlussdatum, Kontonummer)
- Kundenhistorie (z.B. Käufe, Bestelldaten, Angebote, Anfragen, Kaufverhalten, Interessen)
- Auskunftsangaben von Dritten (z.B. Auskunfteien oder aus öffentlichen Verzeichnissen)
- technische Protokolldaten (z.B. Logindaten, IP-Adresse, Standortdaten)
- Daten, die Nutzer in Nachrichten, Freitextfeldern oder als Inhalt von Dateien von sich aus



übermitteln (z.B. Bewertungen, Kritik, Kommentare)

- Besondere personenbezogene Daten gem. Art. 9 Abs. 1 DSGVO (rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse und philosophische Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheit oder Sexualeben, genetische Daten, biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person): \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- Weitere Daten: \_\_\_\_\_

**(4) Kategorien der von der Datenverarbeitung betroffenen Personen**

- Kunden des Auftraggebers
- Kunden von Kunden des Auftraggebers
- Beschäftigte des Auftraggebers
- Beschäftigte von Kunden des Auftraggebers
- Ansprechpartner von Lieferanten des Auftraggebers
- Ansprechpartner von Lieferanten von Kunden des Auftraggebers
- Interessenten des Auftraggebers
- Interessenten von Kunden des Auftraggebers
- Andere: \_\_\_\_\_

*Zu Ziffer 3.5 der Individualvereinbarung:*

**(5) Abweichende Löschrfristen von Auftragsdaten**

Abweichend von der in Ziffer 3, Abs. 5 der Vereinbarung angegebenen Löschrfrist, nach der die Löschung aller personenbezogenen Daten spätestens im siebenten Monat nach Abschluss jedes Einzelauftrages nachweislich erfolgt sein muss, wird folgende Löschrfrist vereinbart:

- keine andere Löschrfrist
- \_\_\_\_ Tage/Monate nach Auftragsabschluss

**(6) Treuhandbestände mit längerer Datenspeicherung und abweichender Löschrfrist**

Listen oder Datenbanken mit personenbezogenen Daten, die für Folgeaufträge oder zur Beauskunftung länger gespeichert werden müssen.

Zum Beispiel: Mitgliederdatei, Verweigerer- oder sonstige Abgleichdatei, Interessentendatei, Bestelldatei, Lieferdatei, Lieferantendatei.

- Der Dienstleister verwaltet für den Auftraggeber neben den für die Einzelaufträge erforderlichen Adressdaten keine weiteren Adressdaten
- Der Dienstleister verwaltet für den Auftraggeber folgende Treuhandbestände:

---

---

---

---

Für diese Treuhandbestände gilt folgende Löschfrist als vereinbart:

- Löschung erst auf Weisung durch den Auftraggeber, jedoch spätestens nach Beendigung der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung
- andere Frist: \_\_\_\_\_

*Zu Ziffer 3.6 der Individualvereinbarung:*

**(6) Unterauftragnehmer**

Zu Beginn der Datenverarbeitung bereits beauftragte Unterauftragnehmer:

<b>Firma und Adresse</b>	<b>erbrachte Leistungen</b>
Göbel und Lenze Direktmarketing GmbH Stahlgruberring 22 81829 München (Muttersgesellschaft)	Datenaufbereitung für die Herstellung personalisierter Werbemittel Herstellung personalisierter Werbemittel Übergabe der Werbemittel an Versender
ViaControl Marsstr. 21 80335 München	Serverwartung

**(7) Weisungsbefugnisse**

*Zu Ziffer 3.11 der Individualvereinbarung:*

**Weisungsempfänger beim Auftragnehmer sind:**

Karl Gommersbach, Geschäftsführer

**Weisungsberechtigte Personen des Auftraggebers sind:**

---

---

---

---

---

*Zu Ziffer 3.12 der Individualvereinbarung:*

**(8) Datenschutzbeauftragte(r)**

Beim Auftragnehmer ist als Beauftragte(r) für den Datenschutz bestellt:

**rehm Datenschutz GmbH**

vertreten durch Frau Daniela Duda

Eugen-Sänger-Ring 13

85649 Brunnthal

Tel. +49 89 6080 7600

E-Mail: [datenschutz@altmann-marketing.de](mailto:datenschutz@altmann-marketing.de)